

Vergabeverfahren

**„Lieferung von Elektronik- und Industriebedarf (C-Teile)
über einen E-Procurement-Katalog“**

**Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags/
Verfahrens- und Teilnahmebedingungen zum Teilnahmewettbewerb**

1.	ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUM VERGABEVERFAHREN.....	3
1.1	Vorbemerkungen	3
1.2	Vergabeverfahren.....	4
1.3	Auftraggeber.....	4
1.4	Kontaktstelle, Kommunikation.....	4
1.5	Vergabegegenstand und Kurz-Leistungsbeschreibung.....	4
1.6	Erstattung von Aufwendungen	5
1.7	Verfahrenssprache	5
1.8	Lose	6
1.9	Optionen.....	6
1.10	Vorbehalte	6
1.11	Vertraulichkeit und Verfahrensintegrität	6
1.12	Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten	7
1.13	Obliegenheiten, Rückfragen	7
1.14	Registrierung	8
1.15	Eigentums- und Nutzungsrechte, Schutzrechte	8
1.16	Rechtsschutz.....	8
2.	ABLAUF DES TEILNAHMEWETTBEWERBS	9
2.1	Überblick zum Ablauf des Vergabeverfahrens	9
2.2	Ablauf des Teilnahmewettbewerbs	9
2.3	Wichtige Hinweise für die spätere Angebots- und Verhandlungsphase	10
3.	VERGABEUNTERLAGEN.....	12
3.1	Allgemeines.....	12
4.	ALLGEMEINE ANFORDERUNGEN AN DEN TEILNAHMEANTRAG.....	12
4.1	Bestandteile des Teilnahmeantrags und Form.....	12
4.2	Bezeichnung von Unterlagen.....	13
4.3	Ordnung der Teilnahmeantragsunterlagen	13
4.4	Übermittlung des Teilnahmeantrags	13
4.5	Teilnahmefrist.....	13
4.6	Format des Teilnahmeantrags	14
4.7	Umgang mit verspätet eingegangenen Teilnahmeanträgen.....	14
4.8	Änderungen des Teilnahmeantrags durch den Bewerber	14
4.9	Eintragungen des Bewerbers und Änderungen hieran.....	14
4.10	Änderung der Vergabeunterlagen für den Teilnahmewettbewerb	15
4.11	Eigentumsübergang der Teilnahmeunterlagen, Nutzungsrecht.....	15
4.12	Kennzeichnung vertraulicher Informationen.....	15

5.	EIGNUNGSANFORDERUNGEN UND NACHWEIS DER EIGNUNG	15
5.1	Bewerberangaben/Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	15
5.2	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	16
5.3	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit.....	17
5.4	Eigenerklärung zur Eignung, zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie zu Maßnahmen der Selbstreinigung, Vergabesperre	20
5.5	Eigenerklärung Verordnung (EU) 2022/576	21
5.6	Berufung auf die Leistungsfähigkeit und Fachkunde Dritter	22
6.	BEWERBERGEMEINSCHAFTEN.....	23
6.1	Zulässigkeit	23
6.2	Einzureichende Formblätter und weitere Unterlagen	23
7.	BEGRENZUNG DER ANZAHL DER BEWERBER	25
7.1	Geplante Anzahl der Bewerber	25
7.2	Auswahlkriterien	25
7.3	Bewerberauswahl und Aufforderung zur Teilnahme an der Angebots- und Verhandlungsphase.....	26

1. ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUM VERGABEVERFAHREN

1.1 Vorbemerkungen

Die vorliegenden Teilnahmebedingungen enthalten alle erforderlichen Informationen für die Einreichung der Teilnahmeanträge. Ergänzend liegen die entsprechenden Formblätter bei. Auf Grundlage der Teilnahmebedingungen und der weiteren Vergabeunterlagen für den Teilnahmewettbewerb werden alle Interessenten zur Abgabe eines Teilnahmeantrags aufgefordert. Für die spätere Angebotsabgabe erhalten jene Bewerber, die nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs am weiteren Verfahren teilnehmen, eine gesonderte Aufforderung zur Angebotsabgabe einschließlich der konkreten Angebotsbedingungen.

Die vorliegenden Teilnahmebedingungen einschließlich der Anlagen können durch den Auftraggeber im Verfahrensverlauf durch Information in Textform an die Bewerber ergänzt, konkretisiert und – soweit zulässig - geändert werden.

Die Bezeichnungen Bewerber und Bieter werden nachfolgend teilweise synonym verwendet. Die Bezeichnungen Bewerber/Bieter beziehen sich auch auf Bewerbergemeinschaften/Bietergemeinschaften, sofern nicht abweichend formuliert.

1.2 Vergabeverfahren

Die Auswahl der Bieter und dessen Beauftragung mit der hier zu vergebenden Leistung erfolgt im Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb auf Grundlage der Sektorenverordnung (SektVO).

1.3 Auftraggeber

Auftraggeber des vorliegenden Beschaffungsvorhabens ist:

Stromnetz Berlin GmbH
Eichenstr. 3a
12435 Berlin

1.4 Kontaktstelle, Kommunikation

Folgende Stelle ist für das Vergabeverfahren als alleinige Kontaktstelle zuständig:

Stromnetz Berlin GmbH
Frau Marina Kovicheva und Herr Nando Lemke
Eichenstr. 3a
12435 Berlin

Die Kommunikation der interessierten Bewerber mit dem Auftraggeber findet über das Nachrichtenmodul (Bieterkommunikation) der Vergabepattform „Deutsche e-Vergabe“ (<https://www.deutsche-evergabe.de>) mittels Bieteraccount statt. Die Verfahrensteilnehmer erklären sich mit der Angabe von Kontaktdaten (z.B. im Teilnahmeantragsschreiben) damit einverstanden, vom Auftraggeber mithilfe dieser Kommunikationsmittel kontaktiert werden zu dürfen, sofern die Kontaktaufnahme nach SektVO zulässig ist.

1.5 Vergabegegenstand und Kurz-Leistungsbeschreibung

Gegenstand der vom AG ausgeschriebenen Leistung ist die Lieferung von C-Teilen aus dem Bereich Elektronik- und Industriebedarf* mittels Bestellabwicklung über einen E-Procurement-Katalog für den laufenden Betrieb des AG. Unter Elektronik- und Industriebedarf sind die Produkte und Produktkategorien gemäß Anlage 03_Leistungsverzeichnis_Preisblatt zu verstehen.

Der AN liefert an diverse Standorte des AG im gesamten Stadtgebiet von Berlin einschließlich des Berliner Umlands innerhalb des Autobahnringes der Bundesautobahn 10 sowie der Stadt Velten.

Der AG beabsichtigt, im Rahmen des Vergabeverfahrens zwei zuverlässige und leistungsfähige AN als Rahmenvertragspartner zu bestimmen und mit jedem einen separaten Rahmenvertrag abzuschließen. Zur Abdeckung des vertragsgegenständlichen Kern- und Randsortiments von C-Teilen aus dem Bereich Elektronik- und

Industriebedarf müssen die AN über ein breites und hinreichend tiefes Sortiment im Bereich Elektronik- und Industriebedarf verfügen.

Die Rahmenverträge werden mit Zuschlagserteilung wirksam und haben hinsichtlich der Leistungserbringung (Produktivbetrieb) eine Grundlaufzeit vom 01.11.2026 – 31.10.2028. Der AG ist berechtigt, durch einseitige Erklärung, die spätestens 3 Monate vor dem Ende der Grundlaufzeit – im Fall einer bereits erfolgten Verlängerung bis spätestens 3 Monate vor dem Ende des Verlängerungszeitraums dem AN zugegangen sein muss, die Vertragslaufzeit für alle zu erbringenden Leistungen bis zu zwei Mal jeweils um zwei Jahre, d.h. bis maximal 31.10.2032 zu verlängern. Für die Vertragsgrundlaufzeit (2 Jahre) liegt das geschätzte Auftragsvolumen für beide Rahmenverträge gesamt bei 2,7 Mio. EUR netto und das Höchstvolumen bei 3,5 Mio. EUR netto.

Für die maximale Vertragslaufzeit (6 Jahre) liegt das geschätzte Auftragsvolumen für beide Rahmenverträge gesamt bei 8,53 Mio. EUR netto und das Höchstvolumen bei 10,53 Mio. EUR netto.

*Unter Elektronik- und Industriebedarf (C-Teile) sind Produkte aus folgenden Produktkategorien zu verstehen: Aderendhülsen; Einzeladern, Drähte & Litzen; Sortimentskästen & Aufbewahrung; Befestigungstechnik; Leuchten & Beleuchtung; CEE-Stecker, CEE-Adapter; Crimpzubehör; Crimpzangen; Elektroinstallation (Komponenten zur festen elektrischen Installation, z. b. Steckdosen, Schalter, Verteilerdosen, Installationsgeräte, Zubehör und Befestigungsmaterial); Energiekabel / Starkstromkabel; Flachbandkabel; Gummi- & Geräteleitungen; Batterien; Induktivitäten; Industriekabel & Leitungen; Installationskabel; Kabelbinder; Kabelschutz & Kabelführung; Kabelkanäle & Installationskanäle; Kabelmanagement; Klebstoffe & Dichtmassen; Klemmen & Verbindungstechnik; Markierungs- & Kennzeichnungssprays; Messgeräte (Hersteller Fluke); Hutschienen & Montagesysteme; Nass- & Trocken-sauger; Netzwerktechnik passiv; Peripheriekabel; PUR-Leitungen; PVC-Schlauchleitungen; Schalt- & Schutzgeräte; Schläuche & Schlauchzubehör; Schleif- & Trennmittel; Schrauben, Muttern & Befestigungselemente; Schrumpfschläuche & Isoliermaterial; Sicherungslasttrennschalter; Spann- & Zurrmittel; Steckverbinder; Steuerleitungen; Netz- & Anschlusskabel; Taschenlampen & Stirnlampen; Adapter & Konverter (Audio/Video/Daten).

1.6 Erstattung von Aufwendungen

Dem Bewerber/Bieter werden für Aufwendungen im gesamten Vergabeverfahren keine Kosten erstattet.

1.7 Verfahrenssprache

Verfahrenssprache ist deutsch. Die gesamte Kommunikation mit dem Auftraggeber, einschließlich des Schriftverkehrs, ist in deutscher Sprache zu führen.

Alle einzureichenden Unterlagen sind in deutscher Sprache vorzulegen.

Für Unterlagen, Angaben und Nachweise, die nicht in deutscher Sprache gefasst sind, sind neben dem Original beglaubigte Übersetzungen beizufügen.

1.8 **Lose**

Die Vergabe erfolgt nicht in Losen.

1.9 **Optionen**

Als Optionen des Auftraggebers gekennzeichnete Teilleistungen sind verpflichtend im Angebot zu berücksichtigen.

1.10 **Vorbehalte**

Die Auftragsvergabe steht unter den in der Auftragsbekanntmachung genannten Vorbehalten. Der Auftraggeber behält sich zudem ferner vor, das Vergabeverfahren aufzuheben/einzustellen wenn:

- kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt worden ist;
- ein Gremium des Auftraggebers der Zuschlagserteilung nicht zustimmt (Gremienvorbehalt);
- dem Auftraggeber eine erforderliche Genehmigung nicht erteilt wird.

1.11 **Vertraulichkeit und Verfahrensintegrität**

Zur Gewährleistung eines wettbewerblichen Verfahrens hat jeder Bewerber sicherzustellen, dass der Inhalt seines Teilnahmeantrags sowie jegliche Informationen über den Inhalt und Verlauf des weiteren Verfahrens Dritten nicht zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt grundsätzlich auch für alle mit dem Bewerber (bzw. bei einer Bewerbergemeinschaft: allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft) i.S.d. §§ 15ff. AktG verbundenen Unternehmen; Konzernunternehmen haben geeignete organisatorische Maßnahmen zu ergreifen und dies ggf. nachweisen. Ausgenommen vom Verbot der Weitergabe von angebotsrelevanten und sonstigen verfahrensrelevanten Informationen sind: im Teilnahmeantrag benannte verleihende Unternehmen, potenzielle Unterauftragnehmer sowie sonstige Unternehmen und Berater, die entsprechend zur Verschwiegenheit zu verpflichten sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, verboten sind. Dieses Verhalten kann zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Die Bewerber/Bieter haben ferner zu beachten, dass der Geheimwettbewerb nicht beeinträchtigt wird (z. B. durch eine unzulässige Mehrfachbeteiligung). Eine Mehrfachbeteiligung liegt etwa vor bei

- der parallelen Beteiligung eines Unternehmens als einzelner Bewerber/Bieter und als Mitglied einer Bewerber- oder Bietergemeinschaft,

- bei der Beteiligung mehrerer im Konzernverbund stehenden Unternehmen oder
- der Beteiligung eines Unternehmens als einzelner Bewerber/Bieter oder als Mitglied einer Bewerber- oder Bietergemeinschaft und der gleichzeitigen Einbindung dieses Unternehmens als Unterauftragnehmer für einen oder mehrere andere Bewerber/Bieter oder Bewerber/Bietergemeinschaften.

Ist dem Bewerber/Bieter eine Mehrfachbeteiligung bekannt, muss er den Auftraggeber darauf hinweisen und ist verpflichtet, dem späteren Angebot eine Erläuterung beizufügen, wie die mögliche Verletzung des Geheimwettbewerbs durch geeignete Maßnahmen vermieden wird. Bei Zweifeln an der Einhaltung des Geheimwettbewerbs hat der Auftraggeber das Recht, von den Bewerbern einen Nachweis verlangen, dass der Geheimwettbewerb gewahrt worden ist.

1.12 **Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten**

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens empfangenen personenbezogenen Daten werden von der Stromnetz Berlin GmbH gemäß den gesetzlichen Vorgaben, insbesondere der Datenschutzgrundverordnung und des Bundesdatenschutzgesetzes verarbeitet. Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.stromnetz.berlin/datenschutz>

1.13 **Obliegenheiten, Rückfragen**

Die interessierten Unternehmen sind verpflichtet, die Vergabeunterlagen zu prüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung eines interessierten Unternehmens, Widersprüche oder Fehler oder sind die Vergabeunterlagen nach Auffassung eines interessierten Unternehmens unvollständig, hat er den Auftraggeber unverzüglich und vor Einreichung seines Teilnahmeantrags mittels Nachricht über das Nachrichtenmodul (Bieterkommunikation) der Vergabeplattform „Deutsche e-Vergabe“ (<https://www.deutsche-evergabe.de/>) darauf hinzuweisen.

Etwaige Rückfragen zum Teilnahmewettbewerb sind ebenfalls über das Nachrichtenmodul (Bieterkommunikation) der vorgenannten Vergabeplattform an die Kontaktstelle zu richten. Spätester Zeitpunkt für den Eingang von Rückfragen ist:

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden..

Eine mündliche bzw. fernmündliche Kontaktaufnahme durch ein interessiertes Unternehmen außerhalb der o. g. Vergabeplattform ist nicht zulässig und wird nicht beantwortet, es denn der Auftraggeber lässt eine solche Form der Kommunikation ausdrücklich zu.

Interessierte Unternehmen sind verpflichtet, sich über den in der Auftragsbekanntmachung genannten Link zum Abruf der Vergabeunterlagen regelmäßig über neu beantwortete Bewerberfragen sowie Mitteilungen des Auftraggebers zu informieren. Diese Pflicht gilt bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens.

1.14 **Registrierung**

Für den Zugang zur Auftragsbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen ist keine Registrierung erforderlich.

Der Auftraggeber macht aber von dem Recht Gebrauch und verpflichtet interessierte Unternehmen nach dem Abruf der Auftragsbekanntmachung und der Vergabeunterlagen, sich auf

<https://www.deutsche-evergabe.de/>

mit der Angabe der Unternehmensbezeichnung sowie einer elektronischen Adresse zu registrieren. Über Änderungen oder Ergänzungen dieser Angaben ist der Auftraggeber unverzüglich zu informieren.

1.15 **Eigentums- und Nutzungsrechte, Schutzrechte**

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens von den Bewerbern vorgelegten Unterlagen, Erklärungen etc. gehen in das Eigentum des Auftraggebers über. Der Bewerber räumt dem Auftraggeber die für die Durchführung des Verfahrens erforderlichen Nutzungsrechte ein. Dies umfasst die Nutzung, insbesondere die Vervielfältigung und Verbreitung der Unterlagen, Erklärungen etc. im Rahmen der Durchführung des Verfahrens.

Der Bewerber stellt sicher, dass ihm keine Umstände bekannt sind, die es erschweren oder unzulässig machen, die zur Erfüllung des Vertrages notwendigen Gegenstände und Verfahren herzustellen, zu verkaufen oder zu nutzen. Er stellt weiterhin sicher, dass keine Ansprüche wegen Verletzung von Schutzrechten gegen ihn geltend gemacht worden sind, die der Erfüllung des Vertrages entgegenstehen.

1.16 **Rechtsschutz**

Rügen wegen erkannter Verstöße gegen Vergabevorschriften sind innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gegenüber dem Auftraggeber zu erheben (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers vergangen sind, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen (vgl.

§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:

Vergabekammer des Landes Berlin

Martin-Luther-Straße 105
10825 Berlin

2. ABLAUF DES TEILNAHMEWETTBEWERBS

2.1 Überblick zum Ablauf des Vergabeverfahrens

Dieses Vergabeverfahren wird in zwei Stufen durchgeführt. Zunächst wird dieser Teilnahmewettbewerb absolviert, in welchem die am Auftrag interessierten Unternehmen dem Auftraggeber das Erfüllen der Eignungskriterien und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nachweisen. Der Auftraggeber wählt aus den geeigneten Bewerbern - sofern deren Anzahl mindestens sechs beträgt - anhand der festgelegten Auswahlkriterien die sechs geeignetsten Bewerber aus, die anschließend zur Teilnahme an der Angebots- und Verhandlungsphase aufgefordert werden.

2.2 Ablauf des Teilnahmewettbewerbs

Der Teilnahmewettbewerb läuft wie folgt ab:

(a) Erstellung und Einreichung des Teilnahmeantrags

Interessierte Unternehmen werden gebeten, auf der Grundlage der ihnen zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen für den Teilnahmewettbewerb einen Teilnahmeantrag zu erarbeiten und diesen form- sowie fristgerecht auf der Vergabeplattform einzureichen.

(b) Öffnung der Teilnahmeanträge

Die Öffnung der Teilnahmeanträge erfolgt nach Ablauf der Teilnahmefrist. Bewerber sind zur Öffnung der Teilnahmeanträge nicht zugelassen.

(c) Durchführung der Eignungsprüfung

Die Eignungsprüfung erfolgt in einem dreistufigen Verfahren:

(i) Formale Prüfung der Teilnahmeanträge

Der Auftraggeber prüft die vorliegenden Teilnahmeanträge zunächst auf die Einhaltung der in diesen Teilnahmebedingungen festgelegten formalen Anforderungen. Dabei wird die Vollständigkeit und Richtigkeit der Teilnahmeanträge verifiziert. Nicht fristgerecht eingegangene Teilnahmeanträge sowie Teilnahmeanträge, welche die formellen Anforderungen nicht erfüllen, werden ausgeschlossen.

Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende, fehlerhafte oder unvollständige Unterlagen von den Bewerbern in angemessener Frist nachzufordern oder korrigieren zu lassen, soweit eine Gleichbehandlung der Bewerber gewahrt bleibt. Zur Nachforderung von Unterlagen ist der Auftraggeber nicht verpflichtet; ein Anspruch der Bewerber besteht nicht. Bewerber, deren Teilnahmeantrag auch nach gegebenenfalls erfolgter Nachforderung die Anforderungen nicht erfüllt, können ausgeschlossen werden.

(ii) Inhaltliche Prüfung der Teilnahmeanträge

Nach der formalen Prüfung der Teilnahmeanträge prüft der Auftraggeber die Eignung der Bewerber für die zu vergebenden Leistungen und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen. Der Auftraggeber bewertet die Eignung auf Grundlage der vorgelegten Eignungsnachweise und entlang der aufgestellten Eignungskriterien, ob der Bewerber voraussichtlich fähig ist, die zu vergebenden Leistungen vertragsgemäß zu erbringen. Teilnahmeanträge, die die inhaltlichen Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden ausgeschlossen.

(iii) Begrenzung der Anzahl der Bewerber

Der Auftraggeber begrenzt nach Maßgabe der Auswahlkriterien die Anzahl der geeigneten Bewerber, die zur Teilnahme an der Angebots- und Verhandlungsphase aufgefordert werden, sofern genügend geeignete Bewerber zur Verfügung stehen.

(d) Aufforderung zur Teilnahme an der Angebots- und Verhandlungsphase

Der Auftraggeber fordert anschließend die ausgewählten, geeigneten Bewerber auf, an der Angebots- und Verhandlungsphase teilzunehmen, ein indikatives (unverbindliches) Angebot einzureichen und darüber zu verhandeln.

2.3 Wichtige Hinweise für die spätere Angebots- und Verhandlungsphase

Der Auftraggeber weist bereits in diesem Verfahrensstadium auf folgende Aspekte hin, zu deren Einhaltung sich die Bewerber/Bieter im weiteren Verlauf des Vergabeverfahrens u.a. mit der Abgabe des Angebots einverstanden erklären müssen. Es wird daher zugunsten einer erfolgsversprechenden Beteiligung und einer effizienten Durchführung dieses Vergabeverfahrens darum gebeten, die Erfüllung dieser Aspekte bereits bei der Prüfung, ob sich ein interessiertes Unternehmen mit einem Teilnahmeantrag an dem Vergabeverfahren beteiligt, zu berücksichtigen.

(a) Verhaltenskodex

Der Auftraggeber beabsichtigt in dem abzuschließenden Vertrag zu regeln, dass der künftige Auftragnehmer den Stromnetz Berlin Verhaltenskodex für Lieferanten einhalten muss. Der Stromnetz Berlin Verhaltenskodex ist unter folgender Adresse abrufbar:

<https://www.stromnetz.berlin/globalassets/dokumente/einkauf/verhaltenskodex-fur-lieferanten.pdf>

(b) Besondere Vertragsbedingungen nach BerIAVG

Der Auftraggeber ist als Gesellschaft im Eigentum des Landes Berlin zur Einhaltung von Vorgaben des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerIAVG) verpflichtet. Insbesondere hat der Auftraggeber mit Auftragnehmern besondere Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt, zur Förderung von Frauen, zur Verhinderung von Benachteiligungen, sowie entsprechende Überwachungs-, Kontroll- und Sanktionsrechte zu vereinbaren.

(c) Wettbewerbsregisterabfrage

Bei Bestehen einer Abfragepflicht aus dem Wettbewerbsregister nach dem Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (Wettbewerbsregistergesetz [WRegG] vom 18. Juli 2017, BGBl. I S. 2739), fragt der Auftraggeber bei der Registerbehörde vor Erteilung des Zuschlags bezüglich des Bieters, an den der Auftraggeber den Auftrag zu vergeben beabsichtigt, ab, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen gespeichert sind.

Bei Vorliegen von Eintragungen im Wettbewerbsregister entscheidet der Auftraggeber nach Maßgabe der vergaberechtlichen Vorschriften in eigener Verantwortung über den Ausschluss des Unternehmens von der Teilnahme am Vergabeverfahren.

(d) Bereitstellungsverbot nach „Anti-Terror-Verordnungen“

Auf Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001, der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 und der Verordnung (EU) Nr. 753/2011 gilt das sog. Bereitstellungsverbot. Danach dürfen den in den jeweiligen Listen der Verordnungen aufgeführten natürlichen oder juristischen Personen, Gruppen oder Organisationen Gelder weder direkt noch indirekt zur Verfügung gestellt werden oder zugutekommen.

Der Auftraggeber wird auf der Grundlage der zuvor genannten Verordnungen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Durchsetzung von Embargos eine Abfrage in den Finanzsanktionslisten (z.B. www.finanz-sanktionsliste.de/fisalis) vornehmen.

Besteht ein umfassendes Verfügungsverbot für den Bewerber, für ein Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft, einen Eignungsverleiher oder für eine natürliche Person, deren Verhalten sich der Bewerber beziehungsweise die Bewerbungsgemeinschaft zurechnen lassen muss, wird der Bewerber vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

3. VERGABEUNTERLAGEN

3.1 Allgemeines

Die Vergabeunterlagen umfassen alle Angaben, die erforderlich sind, um interessierten Unternehmen eine Entscheidung zur Teilnahme am Vergabeverfahren zu ermöglichen. Die Vergabeunterlagen bleiben Eigentum des Auftraggebers.

Eine Übersicht der Vergabeunterlagen enthält die Unterlage „**Übersicht Vergabeunterlagen**“.

In der Übersicht werden sämtliche Dokumente, die Bestandteil der Vergabeunterlagen sind, benannt. Welche Dokumente der Vergabeunterlagen den Interessenten bereits mit dem Teilnahmewettbewerb und welche den ausgewählten geeigneten Bewerbern erst mit der Einleitung der nachfolgenden Angebots- und Verhandlungsphase zur Verfügung gestellt werden, kann dort entnommen werden.

Aus der Übersicht geht zudem hervor, welche Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb und welche Unterlagen erst im Rahmen der Verhandlungs- bzw. Angebotsphase relevant sind. Jene Unterlagen, die in der Übersicht als relevant für die Verhandlungs- bzw. Angebotsphase gekennzeichnet sind, dienen zum jetzigen Zeitpunkt lediglich der Information.

Die Übersicht, wie auch die Vergabeunterlagen, können im Rahmen des Verhandlungsverfahrens ergänzt, konkretisiert und – soweit zulässig - geändert werden.

Sofern eine Unterscheidung nach eignungs- und angebotsbezogenen Vergabeunterlagen unterbleibt, gilt die jeweilige Aussage für sämtliche Vergabeunterlagen.

Die Verfahrensteilnehmer, welche nach erfolgreichem Durchlaufen des Teilnahmewettbewerbs einschließlich der Abgabe der Verschwiegenheitserklärung (**Formblatt 9**) zur Teilnahme an der Angebots- und Verhandlungsphase aufgefordert werden, erhalten sämtliche Unterlagen, die ihnen noch nicht zur Verfügung gestellt worden sind.

4. ALLGEMEINE ANFORDERUNGEN AN DEN TEILNAHMEANTRAG

Der Teilnahmeantrag hat die geforderten Angaben und Erklärungen vollständig zu enthalten und ist rechtzeitig einzureichen.

4.1 Bestandteile des Teilnahmeantrags und Form

Der vollständige Teilnahmeantrag besteht aus

- Dem Teilnahmeantragsschreiben (**Formblatt 1**).
- den geforderten Eignungsnachweisen und Nachweisen zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen unter Verwendung der **Formblätter 2 bis 8 und 16** (ggf. ergänzt um weitere Unterlagen zum Nachweis der Eignung entsprechend den Vorgaben dieser Teilnahmebedingungen).

- dem **Formblatt 9** Verschwiegenheitserklärung.

Die Vollständigkeit des Antrags ist nur dann gewahrt, wenn die geforderten Formblätter vollständig ausgefüllt und rechtsverbindlich unterzeichnet sind. Für die Unterzeichnung der Teilnahmeanträge kann der Bewerber wahlweise den Namenszug des Unterzeichners elektronisch in das Dokument einfügen oder die unterschriebenen Ausdrucke der entsprechenden Dokumente einscannen oder eine fortgeschrittene elektronische Signatur verwenden. Das **Formblatt 9** Verschwiegenheitserklärung ist nur dann mit dem Teilnahmeantrag einzureichen, wenn es nicht bereits zum Erhalt der unter Ziff. 3.2 bezeichneten Unterlagen eingereicht wurde; eine doppelte Einreichung ist nicht erforderlich.

4.2 Bezeichnung von Unterlagen

Die einzureichenden Formblätter/Unterlagen sollen wie folgt bezeichnet werden:

„[Unternehmen]_Formblatt_6_wirtschaftliche_Leistungsfähigkeit“

Soweit im Verfahren zugelassen, können ergänzend zu den vom Auftraggeber vorgegebenen Formblättern in dem dort bestimmten Inhalt/Umfang zusätzliche, vom Bewerber selbst erstellte Anlagen eingereicht werden. Eigene Anlagen des Bewerbers sollen hinsichtlich des in Bezug genommenen Formblatts des Auftraggebers, des einreichenden Unternehmens und des Inhalts der Anlage wie folgt bezeichnet werden:

„[Unternehmen]_Formblatt 5_Anlage 1_Unternehmensdarstellung“

Anlagen sind – soweit zutreffend – im jeweils maßgeblichen Formblatt an der betreffenden Stelle zu vermerken.

4.3 Ordnung der Teilnahmeantragsunterlagen

Jedes ausgefüllte Formblatt ist mit den dazugehörigen Anlagen in eine eigene ZIP-Datei zu integrieren und mit der Dateibezeichnung „[Name des Formblatts] [und ggf. Anlagen]“ zu versehen.

4.4 Übermittlung des Teilnahmeantrags

Der vollständige Teilnahmeantrag ist in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel an die Vergabeplattform „Deutsche e-Vergabe“ zu übermitteln.

Eine Einreichung eines Teilnahmeantrags in Schriftform, per Telefax, per E-Mail, mündlich sowie über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform ist unzulässig, auch nicht ergänzend zu einem elektronisch eingereichten Teilnahmeantrag. Ein Verstoß gegen diese Vorgabe führt zum Ausschluss des Teilnahmeantrags.

4.5 Teilnahmefrist

Der Teilnahmeantrag muss rechtzeitig, und zwar spätestens bis

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

auf der Vergabeplattform „Deutsche e-Vergabe“ eingegangen sein (**Teilnahmefrist**).

4.6 **Format des Teilnahmeantrags**

Die von den interessierten Unternehmen einzureichenden Dokumente müssen das PDF-Format aufweisen. Die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formblätter im Word- bzw. Excel-Format sind daher befüllt in das PDF-Format zu konvertieren. Nur das Preisblatt ist zusätzlich im Excel-Format einzureichen.

Es ist unzulässig, Dateien in anderen Dateiformaten (insbesondere Audio- und Videodateien) einzureichen. Informationen solcher Dateien werden nicht berücksichtigt. Jede Datei darf aufgrund einer Begrenzung der Vergabeplattform maximal 200 MB groß sein. Die Dateien müssen mit einem handelsüblichen Computer lesbar, unverschlüsselt, druckbar, ohne Kopierschutz sowie frei von Viren, Malware und Trojanern sein.

Soweit erforderlich, sind zur Dateikomprimierung ZIP-Verzeichnisordner anzulegen. „RAR“ und andere Komprimierungsformate können aufgrund von IT-Regularien des Auftraggebers nicht geöffnet werden und werden daher nicht akzeptiert.

4.7 **Umgang mit verspätet eingegangenen Teilnahmeanträgen**

Teilnahmeanträge, die verspätet beim Auftraggeber eingehen, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

4.8 **Änderungen des Teilnahmeantrags durch den Bewerber**

Etwaige Ergänzungen, Änderungen oder Berichtigungen hinsichtlich eines bereits eingereichten Teilnahmeantrags sind bis zum Ablauf der Teilnahmefrist möglich und entsprechend gekennzeichnet gemäß den Vorgaben der Teilnahmebedingungen einzureichen. Maßgeblich ist die zuletzt eingereichte Version.

Teilnahmeanträge können bis zum Ablauf der Teilnahmefrist zurückgenommen werden.

4.9 **Eintragungen des Bewerbers und Änderungen hieran**

Eintragungen des Bewerbers müssen klar und eindeutig sein. Der Bewerber trägt das Risiko unklarer und nicht eindeutiger Eintragungen.

Die Teilnahmeunterlagen können elektronisch an den vorgesehenen Stellen ausgefüllt werden. Alternativ können die Formblätter auch ausgedruckt und handschriftlich befüllt werden. Händisch ausgefüllte Formblätter sind entsprechend einzuscannen und im PDF-Format den Teilnahmeunterlagen beizufügen.

Sämtliche Eintragungen müssen dokumentenecht sein. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen haben zweifelsfrei zu sein.

4.10 **Änderung der Vergabeunterlagen für den Teilnahmewettbewerb**

Änderungen an den Vergabeunterlagen durch die Bewerber sind unzulässig. Die Vornahme unzulässiger Änderungen führt zum Ausschluss des Teilnahmeantrags. Die Vergabeunterlagen sind daher gegen die Vornahme von Veränderungen geschützt.

4.11 **Eigentumsübergang der Teilnahmeunterlagen, Nutzungsrecht**

Der eingereichte Teilnahmeantrag geht in das Eigentum des Auftraggebers über. Der Bewerber/Bieter räumt dem Auftraggeber die für die Durchführung des Verfahrens und Ausführung des Auftrags erforderlichen Nutzungsrechte ein.

4.12 **Kennzeichnung vertraulicher Informationen**

Die Bewerber werden auf das Recht hingewiesen, Informationen, die vertrauliche Aspekte und/oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse beinhalten, mittels eines eindeutigen Vermerks oder Hinweises als vertraulich zu kennzeichnen.

5. **EIGNUNGSANFORDERUNGEN UND NACHWEIS DER EIGNUNG**

Der Auftraggeber prüft die Eignung des Bewerbers auf Grundlage der vom ihm eingereichten Nachweise nach Maßgabe formalen und inhaltlichen Vorgaben der EU-Auftragsbekanntmachung bzw. der Teilnahmebedingungen gesamthaft. Ein Unternehmen ist geeignet, wenn der Auftraggeber auf Grundlage der vom Bewerber eingereichten Nachweise davon ausgehen kann, dass das Unternehmen die zu erbringenden Leistungen vertragsgemäß ausführen wird; Mindestanforderungen müssen erfüllt sein.

5.1 **Bewerberangaben/Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung**

Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung hat der Bewerber die in **Formblatt 2** und **Formblatt 5** geforderten Angaben und Erklärungen abzugeben beziehungsweise Unterlagen als Nachweis vorzulegen.

(a) Unternehmensdarstellung

Die Darstellung des Bewerberunternehmens beziehungsweise des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft muss Ausführungen zu dessen Standorten, Leistungsportfolios, sowie zur Größe beinhalten und es müssen – sofern zutreffend – Angaben zur Konzernstruktur eingereicht werden.

Die Unternehmensdarstellung ist dem **Formblatt 2** als Anlage beizulegen.

(b) Berufs- und Handelsregistrauszug, Erklärungen und Bescheinigungen (Formblatt 5)

Der Bewerber hat den Nachweis der Eintragung im Handelsregister und/oder Berufsregister des Staates, in dem der Bewerber niedergelassen ist, einzureichen. Ein Registrauszug muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der

Teilnahmefrist inhaltlich aktuell und darf zeitlich nicht älter als sechs Monate sein.

Für Deutschland maßgebliche Register sind: das „Handelsregister“, die „Handwerksrolle“ und bei Dienstleistungsaufträgen das „Vereinsregister“, das „Partnerschaftsregister“ und die „Mitgliederverzeichnisse der Berufskammern der Länder“; für die übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union können die in Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/18/EG, Abl. L 94 v. 28. März 2014 aufgelisteten Dokumente des jeweiligen Sitzstaates entsprechend als Nachweis eingereicht werden.

Sofern der Bewerber keinen Registerauszug vorlegen kann, ist die in **Formblatt 5** geforderte alternative Erklärung abzugeben.

5.2 **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit hat der Bewerber die in **Formblatt 6** geforderten Nachweise und Erklärungen abzugeben beziehungsweise Unterlagen als Nachweis vorzulegen:

(a) **Bankerklärung**

Es ist eine Erklärung der Hausbank des Bewerbers vorzulegen, die bestätigt, dass die finanziellen Verhältnisse des Bewerbers geordnet sind und er über die erforderlichen finanziellen Mittel verfügt, um den Auftrag auszuführen.

Der Nachweis darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist jeweils nicht **älter als sechs Monate** sein.

(b) **Haftpflichtversicherung**

Es ist der Nachweis einer Haftpflichtversicherung für die aus der gewerblichen Tätigkeit des Bewerbers resultierenden Haftpflichtgefahren für Sach-, Personen- und Vermögensschäden durch eine gültige Versicherungsbestätigung zu erbringen. Die Versicherung muss die Deckung der vorgenannten Gefahren in angemessener Höhe umfassen.

(c) **Jahresabschlüsse/Geschäftsberichte/wirtschaftliche Kennzahlen**

Es sind Jahresabschlüsse einschließlich Anhänge, Wirtschaftsprüferfreigaben, Lageberichte und Kommentare, falls deren Veröffentlichung in dem Land, in dem der Bewerber zugelassen ist, gesetzlich vorgeschrieben ist, für die Geschäftsjahre 2023, 2024 und 2025 oder – sofern für das letzte geforderte Geschäftsjahr noch nicht vorliegend – die letzten drei vorliegenden Jahresabschlüsse, vorzulegen.

Falls die Veröffentlichung von Jahresabschlüssen nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, haben die Bewerber Geschäftsberichte für die genannten drei letzten abgeschlossenen Geschäftsjahre vorzulegen.

Falls ein Bewerber erst seit einem Zeitpunkt besteht, der die Vorlage eines oder mehrerer Jahresabschlüsse/Geschäftsberichte nicht zulässt, sind die entsprechenden Angaben für die Geschäftsjahre seit der Gründung zu tätigen. Es ist in diesem Fall unter Angabe des Gründungszeitpunkts zu erklären, dass der Bewerber erst nach dem betreffenden Zeitpunkt eines geforderten Nachweises gegründet worden ist.

In jedem Fall müssen die Bewerber Angaben zum Umsatz, zum spezifischen Umsatz im Tätigkeitsbereich des hier zu vergebenden Auftrags, zum Jahresüberschuss, zur Verwendung des Jahresüberschusses, zum Eigenkapital und zur Bilanzsumme für die drei Geschäftsjahre 2023, 2024 und 2025 machen.

Falls ein Bewerber erst seit einem Zeitpunkt besteht, der die vollständige Angabe nicht zulässt, sind die entsprechenden Angaben für die Geschäftsjahre seit der Gründung zu tätigen.

Es ist in diesem Fall unter Angabe des Gründungszeitpunkts zu erklären, dass der Bewerber erst nach dem betreffenden Zeitpunkt eines geforderten Nachweises gegründet worden ist.

Mindestanforderungen:

Der Gesamtumsatz des Bewerbers muss **pro Jahr mindestens 2,5 Mio. Euro** betragen.

Hinweise:

Die einzureichenden Unterlagen und Angaben müssen eine Prognose ermöglichen, ob der Bewerber wirtschaftlich und finanziell hinreichend geeignet ist, den Auftrag über die gesamte Vertragslaufzeit zu erbringen.

Der Auftraggeber kann zur Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bewerbers ergänzend zu den geforderten Erklärungen und Nachweisen Auskünfte von Wirtschaftsauskunftsdateien sowie allgemein verfügbare Informationen heranziehen.

5.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit hat der Bewerber die in **Formblatt 7.1 und 7.2** geforderten Nachweise und Erklärungen abzugeben beziehungsweise Unterlagen als Nachweis vorzulegen:

(a) Unternehmensreferenzen

Es wird der Nachweis von Erfahrungen im Bereich der hier zu vergebenden Leistungen durch die Angabe von mit dem hiesigen Vergabegegenstand vergleichbaren Referenzen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen verlangt:

(i) Leistungsgegenstand

Es werden nur Referenzen berücksichtigt, die dem Leistungsgegenstand entsprechen und somit die Anforderungen an die Vergleichbarkeit der Referenz erfüllen (vgl. nachfolgend (iv)).

(ii) Referenzzeitraum

Es werden nur Referenzen berücksichtigt, deren Leistungen in den **vergangenen 5 Jahren** (Stichtag ist der Tag der Auftragsbekanntmachung) erbracht wurden.

(iii) Mindestanzahl von Referenzen

Der Bewerber hat **mindestens 2 Referenzen** vorzulegen.

(iv) Vergleichbarkeit der Referenz

Ein Auftrag wird als Referenz berücksichtigt, wenn er nach Art, Umfang und Schwierigkeit mit der zu vergebenden Tätigkeit vergleichbar ist. Die Vergleichbarkeit wird bejaht, wenn die in **Formblatt 7.1 geforderten Angaben der Tabelle zum Abschnitt „Angaben zu der Vergleichbarkeit der Referenzleistungen“ vollständig und die Mindestbedingungen erfüllt sind**. Alle Angaben des Bewerbers müssen nachweisbar sein. Der Auftraggeber behält sich eine Überprüfung vor.

Der Auftraggeber legt folgende Mindestanforderungen an die Referenzen fest:

Mindestbedingungen

- Gegenstand jedes Referenzauftrags muss die Lieferung von C-Teilen aus dem Bereich Elektronik- und Industriebedarf sein. Hierunter sind Produktkategorien oder vergleichbare Produktkategorien siehe Punkt 1.5 dieser Teilnahmebedingungen zu verstehen.
- Gegenstand jedes Referenzauftrags muss eine E-Procurement-Kataloganbindung mittels eines statischen Katalogs sein.
- Gegenstand jedes Referenzauftrags muss ein Katalogumfang von mindestens 10.000 verschiedenen Produkten sein.

(v) Ergänzende Angaben

Der Bewerber ist berechtigt, ergänzende Angaben zur Referenz in einer Anlage zum jeweiligen **Formblatt 7.1** zu tätigen, wenn ein oder mehrere geforderte Angaben nicht oder nicht vollständig getätigt werden können und dies zum Verständnis der Referenz aus Sicht des Bewerbers erforderlich ist.

(vi) Nachweis

Zum Nachweis hat der Bewerber für jede Referenz das **Formblatt 7.1** auszufüllen. Das Formblatt ist mehrfach zu verwenden.

Mit der Angabe der Referenz bestätigt der Bewerber, dass er vom Referenzauftraggeber das Einverständnis eingeholt hat, den Auftrag als Referenz in diesem Vergabeverfahren mit den vom Auftraggeber geforderten Informationen angeben zu dürfen.

Mit der Angabe eines Ansprechpartners und dessen Kontaktdaten des Referenzauftraggebers bestätigt der Bewerber, dass sich der Ansprechpartner des Referenzauftraggebers einverstanden erklärt hat, vom Auftraggeber mittels der angegebenen Kontaktmöglichkeiten kontaktiert werden zu dürfen.

Können die Kontaktdaten nicht/nicht vollständig angegeben werden (z.B. aus datenschutzrechtlichen Gründen) hat der Bewerber auf anderem Weg sicherzustellen, dass eine Kontaktaufnahme mit dem Referenzauftraggeber einschließlich einer entsprechenden Überprüfung ohne Beisein/Anwesenheit des Bewerbers/Bieters möglich ist.

Alle Angaben des Bewerbers müssen überprüfbar sein. Der Auftraggeber behält sich eine Überprüfung vor.

(b) Zertifizierung Qualitätsmanagementsystem (Bewertungskriterium im Teilnahmewettbewerb, keine Mindestanforderung)

Der Bewerber/die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft verfügt/verfügen über eine zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist gültige **Zertifizierung für ein Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO 9001** oder gleichwertig.

Entsprechende Angaben sind in **Formblatt 7.2** zu machen. **Zum Nachweis fügt der Bewerber eigene Anlage(n) bei.**

Beim Kriterium „Zertifizierung Qualitätsmanagementsystem“ handelt es sich nicht um eine Mindestanforderung, sondern um ein Bewertungskriterium im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs - vgl. Punkt 7.2 dieser Teilnahmebedingungen.

(c) Zertifizierung Umweltmanagementsystem (Bewertungskriterium im Teilnahmewettbewerb, keine Mindestanforderung)

Der Bewerber/die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft verfügt/verfügen über eine zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist gültige Zertifizierung Umweltmanagementsystem nach DIN EN ISO 14001 oder gleichwertig.

Entsprechende Angaben sind in Formblatt 7.2 zu machen. Zum Nachweis fügt der Bewerber eigene Anlage(n) bei.

Beim Kriterium „Zertifizierung Umweltmanagementsystem“ handelt es sich nicht um eine Mindestanforderung, sondern um ein Bewertungskriterium im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs - vgl. Punkt 7.2 dieser Teilnahmebedingungen.

Hinweise:

Die einzureichenden Unterlagen und Angaben müssen eine Prognose ermöglichen, ob der Bewerber technisch, beruflich und personell hinreichend geeignet ist, den Auftrag über die gesamte Vertragslaufzeit zu erbringen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, im Rahmen der Gesamtbeurteilung der Eignung eigene Erfahrungen mit den Bewerbern aus vergleichbaren Projekten der vergangenen fünf Jahre zu berücksichtigen. Sofern ein Bewerber eine wesentliche Anforderung aus einem früheren Auftrag erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und für den Auftraggeber ein Anspruch auf Schadensersatz, Rücktritt oder Kündigung bestand, kann der Auftraggeber die Eignung verneinen, wenn der Bewerber nicht nachweisen kann, geeignete technische, organisatorische oder personelle Maßnahmen zur effektiven Verhinderung gleichartiger Verstöße umgesetzt zu haben. Der betreffende Bewerber wird vor der Entscheidung des Auftraggebers angehört.

5.4 Eigenerklärung zur Eignung, zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie zu Maßnahmen der Selbstreinigung, Vergabesperre

Zum Nachweis der Zuverlässigkeit hat der Bewerber die in **Formblatt 8** geforderten Nachweise und Erklärungen abzugeben beziehungsweise Unterlagen als Nachweis vorzulegen.

(a) Eigenerklärungen

Die Bewerber haben die in **Formblatt 8** enthaltenen Erklärungen wahrheitsgemäß abzugeben.

(b) Selbstreinigung gemäß § 125 GWB und Wiederherstellung der Zuverlässigkeit

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 123 GWB oder § 124 GWB vor, wird ein Bewerber nicht ausgeschlossen, wenn nachweislich Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB durchgeführt wurden.

Auch bei einem Verstoß gegen § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 19 Abs. 1 i. V. m. § 21 MiLoG, § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 21 Abs. 1 i. V. m. § 23 AEntG und § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 98c Abs. 1 Satz 1 AufenthG, § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 22 Abs. 1 LkSG wird das Unternehmen nicht ausgeschlossen, wenn es die Wiederherstellung der Zuverlässigkeit nachweist.

Die Darstellung und der Nachweis der Selbstreinigungsmaßnahme ist mittels gesonderter Anlage des jeweiligen Unterzeichners zu **Formblatt 8** vorzunehmen und ggf. weitere Nachweis beizufügen.

Der Auftraggeber kann in komplexen Fällen verlangen, dass die Darstellung der Selbstreinigungsmaßnahmen durch ein Rechtsgutachten eines Rechtsanwalts zu ergänzen ist, welches die Selbstreinigungsmaßnahmen als hinreichend im Sinne der gesetzlichen Anforderungen bestätigt. Das Gutachten entbindet den Auftraggeber nicht von einer eigenen Prüfung und Bewertung der Selbstreinigungsmaßnahmen. Der Auftraggeber kann im eigenen Ermessen und unter Setzung von Ausschlussfristen weitere Unterlagen, Informationen und Nachweise anfordern, die er zur Beurteilung der Sach- und Rechtslage für erforderlich hält. Ungeachtet dessen müssen die Darstellung und der Nachweis vollständig sein.

5.5 Eigenerklärung Verordnung (EU) 2022/576

Aufgrund der Vorgaben der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren ist es verboten einen öffentlichen Auftrag an ein Unternehmen zu vergeben, was von den Sanktionen der Verordnung erfasst ist. Verboten ist ebenfalls die Einbeziehung von Unterauftragnehmern, Eignungsverleihern und Lieferanten in die Leistungserbringung, wenn diese unter die Sanktionen fallen.

Vor dem Hintergrund der geltenden Sanktionen haben alle Bewerber die Erklärungen des **Formblattes 16** wahrheitsgemäß abzugeben und entsprechend zu unterzeichnen.

Anträge, die das Formblatt 16 nicht oder nicht vollständig unterzeichnet beinhalten, werden vom Verfahren ausgeschlossen.

Hinweise:

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass der Bewerber ebenfalls **sämtliche künftigen Lieferanten und Unterauftragnehmer einschließlich Eignungsverleiher** dahingehend zu überprüfen hat, ob jeweils ein Verstoß

gegen die Sanktionen vorliegt. Eine entsprechende Erklärung, dass dies nicht der Fall ist und somit eingehalten wird, ist mit der Abgabe des Formblattes 16 abzugeben.

Zu beachten ist zudem, dass die vom Bewerber für die Auftragserbringung geplanten Unterauftragnehmer das Formblatt 16 mit der Angebotsabgabe ebenfalls zu unterzeichnen haben.

Der Auftraggeber weist ferner darauf, dass er sich die Abforderung weitergehender Nachweise vorbehält, sofern – unabhängig vom unterzeichneten Formblatt – der Verdacht besteht, dass ein Verstoß gegen die Sanktion aufseiten des Bewerbers und/oder etwaiger Unterauftragnehmer, Eignungsverleiher oder Lieferanten besteht.

5.6 **Berufung auf die Leistungsfähigkeit und Fachkunde Dritter**

Ein Bewerber kann sich, auch als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit der Fähigkeiten Dritter bedienen (Eignungsleihe), ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Dritten bestehenden Verbindungen.

(a) Allgemeine Bedingungen zur Eignungsleihe

Jeder Eignungsverleiher muss das **Formblatt 4** ausfüllen und unterzeichnen; es ist mit dem Teilnahmeantrag des Bewerbers einzureichen.

Jeder Eignungsverleiher hat zudem das **Formblatt 2**, das **Formblatt 8** das **Formblatt 9** und das **Formblatt 16** auszufüllen und zu unterzeichnen. Zudem ist das **Formblatt 5** auszufüllen und zu unterzeichnen. Die Formblätter sind als Anlage zu Formblatt 4 einzureichen.

(b) Leihe der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

Im Falle der Leihe der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit ist diese nach Maßgabe der Anforderungen in der EU-Auftragsbekanntmachung bzw. dieser Teilnahmebedingungen in jenem Umfang vom Eignungsverleiher nachzuweisen, wie sich der Bewerber darauf beruft. Hierzu sind entsprechend die **Formblätter 7.1 und 7.2** zu verwenden.

Ein Bewerber kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. In **Formblatt 4** ist daher eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Eignungsverleihers enthalten.

(c) Leihe der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

Im Falle der Leihe der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit ist diese nach Maßgabe der Anforderungen in der EU-Auftragsbekanntmachung bzw. dieser Teilnahmebedingungen in jenem Umfang vom Eignungsverleiher

nachzuweisen, wie sich der Bewerber darauf beruft. Hierzu ist entsprechend das **Formblatt 6** zu verwenden und als Anlage zu **Formblatt 4** einzureichen.

Ein Bewerber kann im Hinblick auf Nachweise für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese sich verpflichten, gemeinsam mit dem Bewerber für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe zu haften. In **Formblatt 4** ist daher eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Eignungsverleihers enthalten.

(d) Überprüfung durch den Auftraggeber

Der Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob der Eignungsverleiher, dessen Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung von Eignungskriterien in Anspruch nehmen möchte, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe vorliegen.

6. BEWERBERGEMEINSCHAFTEN

6.1 Zulässigkeit

Die Bewerbung als Bewerbergemeinschaft ist zulässig. Eine Bewerbergemeinschaft wird wie ein Einzelbewerber behandelt. Die Bewerbergemeinschaft hat sicherzustellen und zu prüfen, dass kein Verstoß gegen Art. 101 AEUV sowie § 1 GWB vorliegt (vgl. dazu auch Erklärung in **Formblatt 3**).

6.2 Einzureichende Formblätter und weitere Unterlagen

(a) Teilnahmeantragsschreiben

Das **Formblatt 1** ist vom bevollmächtigten Vertreter auszufüllen und zu unterzeichnen.

(b) Angaben zum Bewerber

Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat das **Formblatt 2** ausgefüllt einzureichen.

(c) Benennung eines bevollmächtigten Vertreters/Gesamtschuldnerschaft

Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft füllen das **Formblatt 3** gemeinsam aus, in welchem auch der bevollmächtigte Vertreter benannt wird. Der bevollmächtigte Vertreter steht dem Auftraggeber in diesem Vergabeverfahren als Ansprechpartner der Bewerbergemeinschaft zur Verfügung.

Sofern die Bewerbergemeinschaft aus mehr als fünf Mitgliedern besteht, ist das **Formblatt 3** mehrfach zu verwenden, die Mitglieder der Reihe nach mit einer eindeutigen Mitgliedsnummer einschließlich eines zugeordneten Leistungsanteils zu versehen und alle verwendeten Formblätter durch

entsprechende Paginierung (Blattangaben in der Kopfzeile) zu einer Einheit zu verbinden.

(d) Bedingungen zum Nachweis des Vorliegens der Eignungs- und Auswahlkriterien

Die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung muss jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft mit dem **Formblatt 5** individuell nachweisen.

Bezüglich der Anforderungen an die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit gilt, dass die Bankerklärung und die Jahresabschlüsse von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft individuell mithilfe des **Formblatts 6** vorgelegt und die insoweit gestellten Anforderungen von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft nachgewiesen werden müssen. Hinsichtlich der übrigen Anforderungen füllt jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft das Formblatt 6 nur insoweit aus, wie es jeweils zutrifft, wobei zu beachten ist, dass für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft, welches im Rahmen der Leistungserbringung tätig werden soll, eine Versicherung nachgewiesen werden muss. Für die Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit kommt es auf die Bewerbergemeinschaft insgesamt an.

Für das Eignungskriterium „Unternehmensreferenzen“ kommt es auf die Bewerbergemeinschaft insgesamt an. Insofern füllt jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft das **Formblatt 7.1** nur insoweit aus, wie es jeweils zutrifft.

Hinsichtlich des Eignungskriteriums „Zertifizierung Qualitätsmanagementsystem“ und „Zertifizierung Umweltmanagementsystem“ kommt es auf die Bewerbergemeinschaft insgesamt an. Insofern füllt jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft das **Formblatt 7.2** nur insoweit aus, wie es jeweils zutrifft.

Soweit auf die Eignung eines Dritten (Eignungsleihe) zurückgegriffen wird ist zusätzlich das **Formblatt 4** einzureichen.

Die Prüfung der Eignung erfolgt unter Berücksichtigung sämtlicher von der Bewerbergemeinschaft eingereichten Unterlagen.

(e) Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat das **Formblatt 8** vollständig ausgefüllt einzureichen.

(f) Weitere Erklärungen

Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat das **Formblatt 9** vollständig ausgefüllt einzureichen.

Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat das Formblatt **16** vollständig ausgefüllt einzureichen.

7. BEGRENZUNG DER ANZAHL DER BEWERBER

Der Auftraggeber begrenzt die Zahl der geeigneten Bewerber, die zur Teilnahme an der Angebots- und Verhandlungsphase aufgefordert werden, sofern genügend Bewerber ihre Eignung nachgewiesen haben.

7.1 Geplante Anzahl der Bewerber

Der Auftraggeber plant, - sofern eine ausreichende Anzahl geeigneter Bewerber zur Verfügung steht - **sechs Bewerber** zur Teilnahme an der Angebots- und Verhandlungsphase aufzufordern.

Sofern die Zahl geeigneter Bewerber weniger als sechs beträgt, behält sich der Auftraggeber vor, das Verfahren fortzuführen, indem er alle verbleibenden Bewerber zur Teilnahme an der Angebots- und Verhandlungsphase auffordert, welche über die geforderte Eignung verfügen. Der Auftraggeber darf das Verfahren in diesem Fall auch abbrechen und neu beginnen.

7.2 Auswahlkriterien

Der Auftraggeber gibt nachfolgend die Auswahlkriterien für die Bewertung an, nach denen bestimmt wird, welche sechs der geeigneten Bewerber zur Teilnahme an der Angebots- und Verhandlungsphase aufgefordert werden.

Die maximal erreichbaren Punktzahlen sind nachfolgend dargestellt.

Kriterium	Gewichtung
(a) Anzahl an wertbaren Referenzen	75 % (maximal 150 Punkte)
(b) Gültige Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001	12,5 % (25 Punkte)
(c) Gültige Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001	12,5% (25 Punkte)
Gesamt (a) + (b) + (c)	100% (maximal 200 Punkte)

(a) Anzahl an wertbaren Referenzen

Eine Referenz ist nur dann wertungsfähig, wenn sie die in diesen Teilnahmebedingungen festgelegten Mindestkriterien erfüllt. Es fließen die wertbaren Referenzen in die Bewertung ein, die oberhalb der geforderten Mindestanzahl an Referenzen liegt – also alle wertbaren Referenzen mehr als Anzahl zwei.

Die Bewertung erfolgt nach der folgenden Formel:

$$P = X/N * 150$$

P = zu ermittelnde Punkte pro Bewerber/ Mitglieder der Bewerbergemeinschaft

N = höchste „Anzahl wertbarer Referenzen“

X = zu wertende „Anzahl wertbarer Referenzen“ pro Bewerber/ Mitglieder der Bewerbergemeinschaft

(b) Gültige Zertifizierung Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO 9001

Wenn der Bewerber/die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft über eine zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist gültige Zertifizierung für ein Qualitätsmanagementsystem nach DIN ISO 9001 oder gleichwertig verfügt/ verfügen, erhält dieser/diese 25 Punkte. Wenn nicht 0 Punkte.

(c) Gültige Zertifizierung Umweltmanagementsystem nach DIN EN ISO 14001

Wenn der Bewerber/die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft über eine zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist gültige Zertifizierung Umweltmanagementsystem nach DIN EN ISO 14001 oder gleichwertig verfügt/ verfügen, erhält dieser/diese 25 Punkte. Wenn nicht 0 Punkte.

7.3 Bewerberauswahl und Aufforderung zur Teilnahme an der Angebots- und Verhandlungsphase

Der Auftraggeber wählt auf der Grundlage des ermittelten gewichteten Gesamtpunktwerts – sofern insgesamt vorhanden – jene **sechs Bewerber** mit der höchsten Gesamtpunktzahl über alle Referenzen aus.

Bei Vorliegen eines gleichen Gesamtpunktwertes zwischen zwei oder mehr Bewerbern entscheidet das Los.

Die ausgewählten Bewerber werden anschließend zur Teilnahme an der Angebots- und Verhandlungsphase aufgefordert. Weitere Einzelheiten zum vorgesehenen Verfahrensablauf können den Bewerbungsbedingungen für die Angebots- und Verhandlungsphase entnommen werden.

Der Auftraggeber behält sich vor, geeignete Bewerber, die bereits ausgeschieden sind, zum Verfahren wieder zuzulassen, wenn sich Bewerber zu einem späteren Zeitpunkt aus dem Verfahren zurückziehen oder aus dem Verfahren ausgeschlossen werden.